

<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>	Gremium:	<b>58. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	<b>18.02.2014 2014/0417 15 öffentlich Dez. 1</b>
FDP-Gemeinderatsfraktion vom: 17.02.2014 eingegangen: 17.02.2014		
<b>Aufnahme einer Projektpartnerschaft im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit</b>		

**- Kurzfassung -**

Die Verwaltung spricht sich zum jetzigen Zeitpunkt gegen den Antrag der FDP-Gemeinderatsfraktion zur Gründung eines entwicklungspolitischen Fachbeirats aus.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Haushaltsmittel (bitte auswählen)		Kontenart:			
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen)					
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Grundsätzlich befürwortet es die Verwaltung, im Rahmen des Entwicklungs- und Konzeptionierungsprozesses einer entwicklungspolitischen Projektpartnerschaft die Expertise und Erfahrung zivilgesellschaftlicher Akteure mit einzubeziehen. Insbesondere die konkrete praktische Erfahrung dieser Akteure mit entwicklungspolitischen Projekten vor Ort ist für die Konzeption, Prüfung und Auswahl von Projektzielen, Projektinhalten und Projektpartnern - und damit auch für den Gesamterfolg - von entscheidender Bedeutung.

Die Verwaltung schlägt vor, zunächst geeignete Projekte für konkrete Partnerschaften zu identifizieren, auszuwählen und Vorschläge zur Umsetzung zu erarbeiten. Im Rahmen dieses Prozesses sollen nicht nur Akteure auf Landes- und Bundesebene (z.B. GIZ, SEZ, Burundi-Kompetenzzentrum) mit eingebunden werden, sondern auch Karlsruher Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Vertreter Karlsruher Bildungsinstitutionen mit interkulturellen Schwerpunkten.

Die erarbeiteten Vorschläge werden alsdann dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Im Rahmen der Beratung ist zudem zu erwägen, ob ein entwicklungspolitischer Fachbeirat für die künftige entwicklungspolitische Arbeit der Stadt Karlsruhe als beratendes Gremium eingerichtet werden soll.

Die Partnerstädte der Stadt Karlsruhe werden über die Entwicklungen informiert und - insbesondere mit Blick auf eine etwaige kommunale Dreieckspartnerschaft - zu einer Beteiligung an der Zusammenarbeit eingeladen.